

ENTSCHLIESSUNGSAVOWEL

der Bundesräte Michael Bernard, Christoph Steiner
und weiterer Bundesräte

betreffend Verbot von Benzin- und Dieselfahrzeugen muss verhindert werden

*eingebracht über die Debatte zu Top 11: Beschluss des Nationalrates vom 1. Juni 2023
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz geändert wird
(3426/A), in der 954. Sitzung des Bundesrates, am 7. Juni 2023.*

Jede Politik im Zeichen der sogenannten „grünen Transformation“ fällt durch Verbote und Mehrbelastungen für den Bürger auf. So auch das von der Europäischen Kommission forcierte Fit-for-55-Paket. Die darin zum Ausdruck kommende Klimapolitik entbehrt jedes Hausverständes und gefährdet die europäische Wirtschaft sowie den Wohlstand der Europäer.

Bestandteil des Fit-for-55-Pakets ist der Verordnungsvorschlag COM(2021) 556 der Europäische Kommission, welcher in Artikel 1 vorsieht, dass ab dem 1. Jänner 2035 die durchschnittlichen Emissionen der Flotte neuer Personenkraftwagen einer Verringerung von 100 Prozent(!) zu 2021 zu entsprechen haben.¹ Am 15. Mai 2023 trat nach Beschlussfassung der Verordnung (EU) 2023/851 dieses Flottenziel in Kraft.

Die Umsetzung dieses Vorhabens bedeutet demnach ein Verkaufsende für neue Benzin- und Dieselfahrzeuge in der EU ab 2035. Der Verbrennungsmotor – eine der größten Erfindungen des Menschen im Verlauf der Mobilitätsgeschichte – ist damit de facto verboten.

Zwar regte sich kurz vor der Einigung Widerstand gegen das Verbrennungsmotorverbot in Person des Bundesverkehrsministers der Bundesrepublik Deutschland, Volker Wissing. Doch das Ergebnis dieses Aufbegehrens sicherte lediglich ab, dass Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor nur dann nach 2035 neu zugelassen werden können, wenn sie ausschließlich CO₂-neutrale Kraftstoffe tanken.²

Dass die Automobilbranche 7 Prozent des BIP der EU-Mitgliedstaaten erwirtschaftet und 14,6 Millionen Europäern Arbeit verschafft, spielt für die Verbotspolitik der Europäischen Kommission keinerlei Rolle.³ Ebenso wenig das Faktum, dass Millionen Europäer auf ein Auto angewiesen sind.

Nicht nur, dass das planwirtschaftlich geförderte Elektroauto keine leistbare Alternative für viele Bürger darstellt, es überzeugt auch nicht in klimapolitischen Maßstäben. Weder die Erzeugung noch der Betrieb eines Elektroautos sind emissionsarm, schon gar nicht emissionsfrei. Es handelt sich hierbei um reinen Etikettenschwindel. Der für den Elektroantrieb notwendige Strom ist nicht nur emissionsbelastet und massiven Preissteigerungen unterworfen, sondern er wird zudem aus Atomenergie

¹ COM(2021) 556 final, S. 21

² <https://www.tagesschau.de/inland/verbrenner-einigung-101.html>

³ COM(2021) 556 final, S. 2

gewonnen. Wenn sämtliche Bürger der EU-Mitgliedstaaten dazu gezwungen werden, auf Elektrofahrzeuge umzusteigen, würde dies den Strombedarf massiv erhöhen – der größte Profiteur wäre hierbei wohl die europäische Atomindustrie. Von der mangelhaften Reichweite und dem langwierigen Ladevorgang von Elektroautos ganz zu schweigen.

Offenbar forciert die Europäische Kommission ein Gesellschaftsmodell, in dem sich nicht jeder ein Fahrzeug leisten kann, unabhängig davon, ob man ein solches für den alltäglichen Bedarf benötigt.

Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) fiel bedauerlicherweise abermals in seiner EU-Hörigkeit den Interessen der Österreicher in den Rücken. Im Rahmen seiner Rede „Zur Zukunft der Nation – Österreich 2030“ hatte er sich noch gegen Verbote ausgesprochen, um klimapolitische Ziele zu erreichen. „*Auch ich werde mich dagegen aussprechen, den Verbrennungsmotor zu verbannen*“, so der Kanzler damals. Nehammer verwies zudem darauf, dass Österreich ein „*Autoland schlechthin*“ sei und hierzulande rund 80.000 Menschen in diesem Bereich arbeiten.⁴ Von dieser verbalen Gegenwehr blieb jedoch nichts übrig.

Im Gegenteil: Die seiner Regierung angehörende Klimaministerin Leonore Gewessler (Grüne) sprach sich unlängst dafür aus, Neuzulassungen von Verbrennungsmotoren sogar schon im Jahr 2027 zu verbieten!⁵

Diesem Klimawahnsinn muss schleunigst Einhalt geboten werden. Der Verbrennungsmotor als Antriebsart für Diesel- und Benzinfahrzeuge muss erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Bundesräte nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich vehement gegen das von den Institutionen der Europäischen Union forcierte Verbot von Benzin- und Dieselfahrzeugen zu positionieren.“

Darüber hinaus wird die Bundesregierung mit Nachdruck aufgefordert, sämtliche Pläne, welche eine Verschärfung des Verbrennungsmotorverbots bedeuten würden, sofort fallenzulassen.“

Mitterhofer
(BERNHARD)

Steinmauer
(STEINMAUER)

Steiner
(Steiner)

⁴ <https://orf.at/stories/3308332/>

⁵ <https://www.heute.at/s/gruene-ministerin-gewessler-will-verbrenner-autos-schon-2027-verbi-100273213>